

## INHALT

- Nr. 18 Beschluß vom 7. Mai 1968 (1 BvR 420/64). Unbegründetheit der Verfassungsbeschwerde eines Wertpapierbesitzers gegen seine Vermögensteuerveranlagung mit der Begründung, daß der Vermögensbesteuerung des Grundbesitzes noch die Wertverhältnisse vom 1. Januar 1935 zugrunde liegen . . . . . 242
- Nr. 19 Beschluß vom 7. Mai 1968 gemäß § 24 BVerfGG (1 BvR 133/67). Kein Kindergeld für Kinder, die weder ihren Wohnsitz noch ihren gewöhnlichen Aufenthalt innerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 haben (§ 34 Abs. 2 KGG i. d. F. vom 23. Dezember 1955) . . . 258
- Nr. 20 Beschluß vom 7. Mai 1968 (2 BvR 702/65). Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG durch Verurteilung nach § 366 Nr. 10 StGB, ohne daß diese Norm durch § 2 Bay. PlakatVO spezifiziert werden konnte . . . . . 265
- Nr. 21 Beschluß vom 7. Mai 1968 gemäß § 24 BVerfGG (2 BvL 9/66). Unzulässigkeit der Vorlage, da die zur Prüfung gestellte Norm (§ 360 Abs. 1 Nr. 11 StGB) vorkonstitutionelles Recht ist . . . 272
- Nr. 22 Beschluß vom 7. Mai 1968 (2 BvL 5/67). Unzulässigkeit der Vorlage, da die Rechtsauffassung des vorlegenden Gerichts von der Entscheidungserheblichkeit der zur Prüfung gestellten Norm offensichtlich unhaltbar ist . . . . . 276
- Nr. 23 Beschluß vom 7. Mai 1968 (2 BvR 738/67). Versagung des rechtlichen Gehörs (Nichtberücksichtigung eines innerhalb der vom Gericht gewährten Äußerungsfrist eingegangenen Schriftsatzes) 286
- Nr. 24 Beschluß vom 14. Mai 1968 (2 BvR 544/63). Objektive Zweifelhafte als Voraussetzung einer Vorlage nach Art. 100 Abs. 2 GG. Heranziehung von Ausländern zur Deckung von Kriegsfolgelasten (hier: zur Vermögensabgabe gemäß § 17 LAG) widerspricht keiner allgemeinen Regel des Völkerrechts . . . . 288
- Nr. 25 Beschluß vom 14. Mai 1968 gemäß § 24 BVerfGG (2 BvL 9, 10, 11/68). Unzulässigkeit von Vorlagen des Hessischen Finanzgerichts, die mit mangelnder Ausgestaltung des Gerichts als „oberes Landesgericht“ und unangemessener besoldungsrechtlicher Einstufung seiner Richter begründet waren . . . . . 321

- Nr. 26 Beschluß vom 21. Mai 1968 (1 BvR 610/60). Verletzung des Art. 3 Abs. 1 GG dadurch, daß die Vergünstigung, die gemeinnützigen Privatkrankenanstalten gemäß § 57 LAG bei der Vermögensabgabe zu gewähren ist, danach abgestuft wird, ob und welches andere abgabepflichtige Vermögen neben dem Krankenanstaltsvermögen vorhanden ist (Nichtigkeit des § 55 Abs. 2 10. AbgabenDV-LA) . . . . . 327
- Nr. 27 Beschluß vom 21. Mai 1968 (2 BvL 2/61). Finanzhoheit der Gemeinden; Vereinbarkeit der sog. Vorbelastungsregelung bei der Bestimmung der Kreisumlagegrundlagen in § 14 Abs. 2 Nr. 1 Hess. Finanzausgleichsgesetz vom 27. März 1958 mit Art. 28 Abs. 2 GG . . . . . 353

2-20

**ENTSCHEIDUNGEN**  
DES  
**BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS**



Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

23. Band · Lieferung 3-4

2 104



1968

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN